



Was als folkloristisches Großereignis begann, ist binnen weniger Tage zu einem Politikum von nationaler Tragweite geworden. Das Bankett des „Le Canon français“ am 18. April 2026 im normannischen Caen steht im Zentrum einer Debatte über Rechtsextremismus, kulturelle Symbolik und die Verwischung gesellschaftlicher Grenzen zwischen Tradition und Ideologie.

Ein Fest mit Schatten

Das Konzept des „Canon français“ ist ebenso einfach wie wirkungsvoll: lange Tafeln, regionale Produkte, Wein, Gesang und eine Inszenierung französischer Lebensart. In einer Zeit gesellschaftlicher Fragmentierung trifft diese Mischung einen Nerv – nicht zuletzt bei einem Publikum, das sich nach vermeintlicher Authentizität und Verwurzelung sehnt.

Doch die Bilder, die nach dem Bankett in Caen kursierten, zeichnen ein anderes Bild. Videoaufnahmen, verbreitet unter anderem durch StreetPress, zeigen Teilnehmer, die Gesten ausführen, die als Hitlergruß interpretiert werden können. Hinzu kommen Berichte über rassistische und islamfeindliche Äußerungen. Auch Le Parisien spricht von „Nazigesängen“ im Anschluss an die Veranstaltung.

Die juristische Bewertung dieser Vorfälle obliegt nun den Behörden. Doch unabhängig von strafrechtlichen Konsequenzen entfaltet der Vorfall bereits jetzt eine erhebliche politische Wirkung.

Die Politisierung des Terroirs

Die Kontroverse um das Bankett ist nicht isoliert zu betrachten. Bereits im Vorfeld hatten Beobachter auf die ideologischen Verflechtungen hinter dem „Canon français“ hingewiesen. Recherchen von Le Monde ordnen das Projekt in eine breitere „kulturelle Schlacht um das Terroir“ ein.

Im Zentrum steht der Unternehmer Pierre-Édouard Stérin, der über den Fonds Odysée Impact in das Unternehmen investiert hat. Stérin gilt als einflussreicher Vertreter eines konservativ-katholischen Milieus und wird mit Netzwerken in Verbindung gebracht, die ideologisch bis in die radikale Rechte reichen.

Die Strategie erscheint dabei nicht neu, wohl aber effektiv: kulturelle Codes – Essen, Geselligkeit, regionale Identität – werden genutzt, um politische Narrative zu transportieren. Der Politikwissenschaftler Pierre-André Taguieff spricht in diesem Zusammenhang von einer „Metapolitik des Alltags“, bei der kulturelle Praktiken zur langfristigen Verschiebung



gesellschaftlicher Diskurse eingesetzt werden.

Zwischen Einzelfall und Symptom

Die zentrale Frage lautet daher: Handelt es sich bei den Vorfällen in Caen um einzelne Entgleisungen – oder um ein Symptom struktureller Probleme?

Veranstalter betonen regelmäßig den unpolitischen Charakter der Bankette. Doch Kritiker argumentieren, dass gerade die scheinbare Harmlosigkeit solcher Events problematisch sei. Sie schaffe Räume, in denen sich ideologische Gleichgesinnte treffen und radikale Positionen normalisieren könnten.

Historisch betrachtet ist die Instrumentalisierung von Kultur kein neues Phänomen. Bereits im Europa des 20. Jahrhunderts nutzten autoritäre Bewegungen gezielt Volkskultur und Traditionen, um nationale Identität exklusiv und oft aggressiv umzudeuten. Der französische Historiker Nicolas Lebourg verweist darauf, dass „kulturelle Codes häufig als Türöffner für politische Radikalisierung dienen“.

Die Ereignisse von Caen fügen sich in diese Logik ein. Sie markieren weniger einen Bruch als vielmehr eine Eskalation bereits vorhandener Tendenzen.

Medien unter Druck

Besonders alarmierend ist die Entwicklung im Nachgang der Berichterstattung. Laut Télérama wurde eine Journalistin des öffentlich-rechtlichen Senders Ici Normandie, die über das Bankett berichtet hatte, Ziel massiver Online-Angriffe. Beleidigungen, Drohungen und koordinierte Einschüchterungsversuche sind dokumentiert.

Der Vorfall steht exemplarisch für einen breiteren Trend. Laut dem Jahresbericht von Reporter ohne Grenzen (2025) nimmt die Zahl der Übergriffe auf Journalisten in Europa zu, insbesondere im digitalen Raum. Frankreich bildet dabei keine Ausnahme.

Der Informationsdirektor des Netzwerks Ici sprach von einer „besorgniserregenden Normalisierung von Einschüchterung“. Die Grenze zwischen legitimer Kritik und gezielter Delegitimierung journalistischer Arbeit verschwimme zunehmend.



Politische Reaktionen und gesellschaftliche Einordnung

Die politische Reaktion fiel bislang zurückhaltend aus. Lokale Behörden kündigten Untersuchungen an, während nationale Politiker den Vorfall unterschiedlich bewerteten – je nach politischer Position.

Diese Zurückhaltung ist strategisch erklärbar. Das Thema berührt sensible Fragen der Meinungsfreiheit, der kulturellen Identität und der politischen Polarisierung. Eine zu scharfe Verurteilung könnte von Teilen der Bevölkerung als Angriff auf „traditionelle Werte“ interpretiert werden.

Gleichzeitig zeigt der Fall, wie stark kulturelle Räume politisiert sind. Veranstaltungen wie das Bankett in Caen fungieren nicht mehr nur als soziale Ereignisse, sondern als symbolische Arenen, in denen gesellschaftliche Konflikte sichtbar werden.

Eine poröse Grenze

Die zentrale Erkenntnis aus Caen ist die zunehmende Durchlässigkeit zwischen Kultur und Politik. Was als unbeschwerte Feier regionaler Identität inszeniert wird, kann unter bestimmten Bedingungen zu einem Resonanzraum für ideologische Positionen werden, die weit über das Kulinarische hinausgehen.

Dabei ist es entscheidend, zwischen dem legitimen Ausdruck kultureller Tradition und deren politischer Instrumentalisierung zu unterscheiden. Das „Terroir“ – ein zentraler Begriff französischer Identität – steht nicht per se zur Debatte. Wohl aber seine Vereinnahmung durch Akteure, die es zur Abgrenzung und Mobilisierung nutzen.

Die Ereignisse in Caen zeigen, dass diese Grenze nicht nur theoretisch existiert, sondern praktisch überschritten werden kann. Sie werfen grundlegende Fragen auf: Wer definiert kulturelle Identität? Und zu welchem Zweck?

Die Antworten darauf werden nicht allein in Gerichtssälen gefunden werden, sondern im öffentlichen Diskurs – und in der Fähigkeit einer Gesellschaft, zwischen Tradition und Ideologie zu unterscheiden.

Autor: P. Tiko